

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Hans-Michael Goldmann, Dr. Edmund Peter Geisen, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Schutz der Bienenvölker sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Honigbienen sind in Deutschland weit verbreitete Haustiere, deren Haltung eine lange Tradition hat. Berufsimker halten Bienenvölker zur Produktion von Honig oder um deren Bestäubungsleistung zur Unterstützung der Blütenbestäubung z. B. in Obstplantagen anzubieten. Die Mehrzahl der Imker betreibt Imkerei als Nebenerwerb oder Hobby. Trotz unverminderter Nachfrage nach Honig nimmt die Zahl der Bienenvölker und die Zahl der Imker kontinuierlich ab. Nur etwa 20 Prozent des in Deutschland verkauften Honigs stammt aus deutscher Produktion. 1960 wurden in Deutschland noch 1,4 Millionen Bienenvölker gezählt. Inzwischen ist deren Anzahl auf etwa die Hälfte gesunken.

Bienen genießen eine hohe Wertschätzung. Ihr Schutz ist vielen Menschen ein Anliegen. Wir brauchen sie zur Bestäubung der insektenblütigen Pflanzen und zur Produktion von Honig. Für den Schutz der Bienen ist entscheidend, dass wir genau wissen, wodurch sie gefährdet sind. Nur eine sorgfältige Ursachenforschung ermöglicht es, die Umweltfaktoren zu identifizieren, die Bienenvölker gefährden und sie dann möglichst weitgehend abzustellen.

Ende der siebziger Jahre gelangte durch Bienenimporte die Varroa-Milbe, ein gefährlicher, auf Bienen spezialisierter Ektoparasit, aus Asien nach Mitteleuropa. Sie trägt den kennzeichnenden Namen *Varroa destructor* (zerstörerische Milbe) und ernährt sich von der Körperflüssigkeit der Bienen sowie der Larven und Puppen. Sie schwächt die Vitalität der Bienen und ist verantwortlich für hohe Überwinterungsverluste. Die Milben sind schwer zu bekämpfen, u. a. weil sie in der gedeckelten Bienenbrut und somit nicht zugänglich für Bekämpfungsmaßnahmen heranwachsen. Die Überwinterungsverluste nach dem Winter 2002/2003 von über 25 Prozent wurden insbesondere durch den Befall der Völ-

ker mit der Varroa-Milbe verursacht. In der Folge wurde ein bundesweites Bienenmonitoring initiiert, das von der Pflanzenschutzmittelindustrie, der Tiergesundheitsindustrie, den Bieneninstituten und den Imkerverbänden finanziert und von den Bieneninstituten und repräsentativ ausgewählten Imkern durchgeführt wird. Den Vorsitz des Projektrates führt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es werden von Imkern freiwillig gemeldete Bienenvölker das ganze Jahr über beobachtet, Überwinterungsverluste notiert, der Befall mit Parasiten und Krankheitserregern wird untersucht und die Trachtmenge ermittelt. Etwa 120 Imker mit insgesamt über 7 000 Völkern beteiligen sich an dem Projekt. Nur ein solches konzentriertes gemeinsames Vorgehen aller Imker gegen bienengefährdende Umweltfaktoren wie insbesondere den Milbenbefall kann mittel- und langfristig das Wissen um diesen Parasiten und die in der Folge auftretenden Krankheiten erbringen, um geeignete Maßnahmen zu etablieren, die den Parasit zurückdrängen. Die Varroa-Milbe stellt das entscheidende Problem der Bienenhaltung dar.

Pflanzenschutzmittel mit insektizider Wirkung gefährden potenziell auch Bienen, denn Bienen sind Insekten. Durch die Methodik der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln mit bienengefährdendem Potenzial muss sicher ausgeschlossen werden, dass Bienen sowie andere Nichtzielorganismen gefährdet werden. Die Statistik der Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft zeigt, dass dies in den letzten Jahrzehnten weitgehend gelungen ist. Die Anzahl der gemeldeten Bienenschäden ist seit 1960 auf unter 80 pro Jahr zurückgegangen gegenüber über 350 im Schnitt der siebziger Jahre. Das Bienenmonitoring hat bisher keine negativen Einflüsse der Saatgutbeizung durch Insektizide der Gruppe der Neonicotinoide für die Gesundheit der Bienen festgestellt. Immerhin wurden in den vergangenen Jahren Mais und Raps, deren Samen zumeist gebeizt wird, auf zusammen über 3 Mio. Hektar Fläche ausgesät (in 2008 1,8 Mio. Hektar Mais). In Frankreich ist das Neonicotinoid Imidacloprid seit 1999 verboten, ohne dass eine Verbesserung der Bienengesundheit beobachtet wurde. Die Untersuchungsergebnisse aus der Praxis haben die Einstufung der Beizung mit Imidacloprid als bienenungefährlich bestätigt.

In Südwestdeutschland sind in diesem Frühjahr nach Information des Julius Kühn-Instituts (JKI) etwa 11 000 Bienenvölker teilweise schwer geschädigt worden. Die Untersuchungen des JKI ergaben, dass bei der Aussaat von mit dem Insektizid Clothianidin gebeiztem Maissaatgut mit pneumatischen Sämaschinen durch Abrieb Staub entstand, der mit einem hohen Gehalt an Beizmittel in die Umwelt verweht wurde. Dadurch ist es auf blühende Pflanzen gelangt, die von Bienen besucht wurden und viele von ihnen töteten. Die Herstellerfirma des Pflanzenschutzmittels hat freiwillig eine Soforthilfe in Höhe von etwa 2 Mio. Euro angeboten. Bei der Anwendung des Beizmittels für Raps haben sich keine Probleme ergeben. Der Vorfall zeigt, dass Beizmittel, Haftmittel und der Typ der verwendeten Sämaschine gemeinsam geprüft werden müssen. Die Saatgutbeizung ist eine sinnvolle Pflanzenschutzmaßnahme, da das Gefährdungspotential für Nichtzielorganismen bei Saatgutbeizung deutlich geringer ist als beim Sprühen von Pflanzenschutzmitteln. Mit Beizmitteln können Pflanzen bereits beim Keimen vor Schädlingsbefall (Pilz- oder Insektenbefall) geschützt werden. Die benötigten Mengen und damit die Kosten sind vergleichsweise gering, die Natur wird nur wenig belastet und die Wirkung ist hoch.

Im vergangenen Jahr ist in Deutschland erstmalig der westliche Maiswurzelbohrer beobachtet worden. Dieser Käfer verursacht in den USA Schäden in Höhe von etwa 1 Mrd. US-Dollar pro Jahr. Durch ihn wird der höchste Insektizideinsatz aller im Ackerbau eingesetzter Insektizide verursacht. Nach Schätzungen des Julius Kühn-Instituts drohen bei Etablierung des Käfers in den Mais-Dauerkulturen in Bayern und Baden-Württemberg Ernteausfälle im Wert von 44,5 Mio. Euro, Kosten für Insektizide, um sie zu verhindern, von 12,5 Mio. Euro. Um die weitere Verbreitung des Käfers zu verhindern, hat die EU bereits

2003 erste Quarantänemaßnahmen beschlossen. Die verstärkte Saatgutbeizung, die in Südwestdeutschland zur Schädigung von Bienenvölkern führte, gehörte zu den angeordneten Maßnahmen. Trotz intensiver Beizung ist es nicht gelungen, ein erneutes Auftreten des Käfers in den Befallsgebieten des vergangenen Jahres zu unterbinden. Mittel- bis langfristig sind ökologisch und landwirtschaftlich sinnvolle Fruchtfolgen zu entwickeln, die eine Alternative zu „Dauermaiskulturen“ darstellen. Die Einführung einer Fruchtfolge beim Maisanbau ist sinnvoll, aber kurzfristig nicht durchführbar, weil in verschiedenen Regionen (in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg) die Landwirtschaft auf Mais-Dauerkulturen angewiesen ist (Tierhaltung, Betrieb von Biogasanlagen). In den Vereinigten Staaten von Amerika werden in großem Umfang gegen den Käfer resistente gentechnisch veränderte Bt-Mais-Sorten angebaut.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Erweiterung des von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung geförderten Verbundprojekts zur Verbesserung der imkerlichen Betriebsweisen zur besseren Varroa-Bekämpfung zum Schutz vor Völkerverlusten, um weitere Aspekte der Bienenvolkgesundheit sowie die Verknüpfung des Projekts mit dem Bienenmonitoring und die Einbeziehung weiterer Fragestellungen in das Bienenmonitoring wie Pollenuntersuchungen zur Feststellung der von Bienen aufgesuchten Trachtpflanzen;
2. die Förderung der Entwicklung innovativer und effektiver Verfahren zur Varroa-Bekämpfung wie z. B. die Entwicklung eines Verfahrens zur Impfung der Bienen gegen die Varroa, wie dies das letzte Expertentreffen der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) in Freiburg im August 2008 gefordert hat;
3. die konsequente Bekämpfung der Varroose durch alle Imker und die Verbesserung der Information der Imker über eine optimierte Varroa-Bekämpfung durch Ausbildung und Beratung;
4. die sorgfältige Kontrolle von Bienenimporten zur Vermeidung der Einschleppung weiterer Parasiten und Krankheiten;
5. die Überprüfung der Zulassungsverfahren von Insektiziden mit dem Ziel, die Methodik der Anwendung bienengefährdender Pflanzenschutzmittel auf die sichere Vermeidung der Gefährdung von Bienenvölkern u. a. durch die Einbeziehung der Sensitivität von Bienenbrut in die Prüfverfahren und anderen Nichtzielorganismen auszurichten;
6. die Einführung von Qualitätskontrollen für gebeiztes Saatgut;
7. die Entwicklung einer Strategie gegen das weitere Vordringen des Maiswurzelbohrers, um seine Etablierung nördlich der Alpen zu verhindern und den dann notwendig werdenden Pflanzenschutzmitteleinsatz zu vermeiden;
8. die Unterstützung der Nachwuchsförderung von Imkern, um die beobachtete Überalterung des Berufsstandes aufzuhalten.

Berlin, den 19. September 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

